

würdig“

igen Bischof Hanke



te Ulrich Hemel.

Foto: Herbert

och man sollte nicht vergessen, dass es hervorragende, hochrenommierte katholische Universitäten in vielen Ländern gibt. Wir haben hier eher die Besonderheit einer Hochschule, die der gesamten bayerischen Bischofskonferenz rechenschaftspflichtig ist, sodass es für den örtlichen Bischof schwierig ist, sie zu leiten. Ich hoffe jedoch, dass der Konflikt Kirche und Gesellschaft Anlass gibt, darüber nachzudenken, wie sie künftig miteinander umgehen wollen.

SZ: Wird sich noch jemand auf den Präsidentschaftsposten bewerben wollen?

Hemel: Die Erfahrung lehrt: Es gibt immer Menschen, die sich auf interessante Positionen bewerben wollen.

Interview: Christine Burtscheidt

Der Bürger als Gefahr

Experten rügen Entwurf für ein neues Versammlungsrecht

München – Mehrere Sachverständige haben sich am Donnerstag im Landtag gegen eine geplante Verschärfung des Versammlungsrechts ausgesprochen und die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit Grundgesetz und Verfassung bezweifelt. Bei einer Experten-Anhörung bescheinigte Rechtsanwalt Hartmut Wächtler dem Entwurf eine „durchwegs versammlungsfeindliche Tendenz“. Er kritisierte den abschreckenden bürokratischen Aufwand für Veranstalter und das Zugeständnis an die Polizei, jede Versammlung filmen und abhören zu dürfen. „Das Gesetz reiht sich damit ein in die Fülle von staatlichen Überwachungs- und Kontrollgesetzen gegen den offenbar als Gefahr empfundenen Bürger“, sagte der Jurist. Nicht einmal für das Ansinnen, Neonazi-Aufmärsche zu erschweren, taue das Gesetz, da es auch zivilen Widerstand erschwere.

Auch Klaus Hahnzog, ehemals Kreisverwaltungsreferent in München und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, sieht in dem Gesetzentwurf unnötige Einschränkungen des Versammlungsrechts. Er nannte Sachsen als Vorbild, wo das bisherige Bundesrecht mit Ergänzungen als Landesrecht fortbestehen soll. Auf diese Weise könne Rechtsextremen Einhalt geboten werden, ohne das Versammlungsrecht insgesamt zu beschneiden. „Es gibt kein Gesetz seit 1953, das die Versammlungsfreiheit stärker einschränkt“, betonte der Würzburger Professor Helmuth Schulze-Fielitz. Es stehe nicht das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit im Mittelpunkt, sondern „das Gewähren durch den Staat“.

Positiv beurteilten den Gesetzentwurf dagegen der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer und Michael Unglaub, der Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit und Ordnung am Landratsamt in Wunsiedel, wo regelmäßig Neonazis zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß aufmarschieren.

Nach der Anhörung forderte die Opposition die Rücknahme des Gesetzentwurfs. Er sei verfassungswidrig, erklärten die Grünen. Franz Schindler, der rechtspolitische Sprecher der SPD, sah die Versammlungsfreiheit „in unzumutbarer und unzulässiger Weise eingeschränkt“. Innenminister Joachim Herrmann wies die Kritik zurück. Mit dem neuen Gesetz werde das Versammlungsrecht nicht eingeschränkt, sondern geschützt. Der von den Grünen vorgelegte Alternativentwurf sei dagegen „ein Freibrief für alle rechts- und linksradikalen Chaoten“.

Katja Auer

uilleton

2008 1 St.



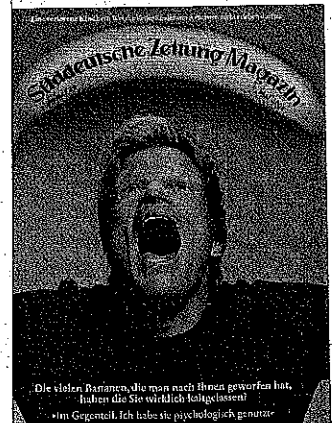
001

ART

10g

Woche / Nr. 108 / 1,90 Euro

HEUTE MIT



nütigt, gefürchtet und gefeiert: Kahn spricht über die Höhen und Tiefen seiner Karriere. Kritische Gedanken über Sinn und Unsinn des Einsatzes irgendwelchen Entwicklungshelfern. In Interview mit Amar Gopal Bose, die Menschheit ihre edlen Stereoanlagen verdankt.

2 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

Chrottbeton im Atomkraftwerk“

Mitarbeiter beschuldigen Stuttgarter Baufirma

Stuttgart – Eine Stuttgarter Betonfirma nach Informationen der Süddeutschen Zeitung im Verdacht, minderwertigen Billig-Beton produziert und falsch in Umlauf gebracht zu haben. Er soll auch im Zwischenlager des Atomkraftwerks Neckarwestheim eingesetzt worden sein. Das behaupten Experten der Firma in eidesstattlichen Erklärungen. Die Staatsanwaltschaft stellt gegen den Firmeninhaber. Ein erster Vorwurf lautet, dass Kunden bei der Rechnung gestellt worden sei, der

Rechenhelle Tagblatt, 2.5.2008

4500 Pilger starten zu größter deutscher Fußwallfahrt

Regensburg/Alfötting (dpa/lby) - Bei strahlendem Sonnenschein sind gestern rund 4500 Pilger in Regensburg zur größten Fußwallfahrt Deutschlands aufgebrochen. Die Gläubigen wollen in drei Tagen in den 111 Kilometer entfernten oberbayerischen Wallfahrtsort Alfötting marschieren. Beim Start wurden die Teilnehmer von Regensburgs Bischof Gerhard Ludwig Müller verabschiedet, morgen will der Oberhirte mit den Männern und Frauen in der Alföttinger Basilika die Abschlussmesse feiern. Die Fußwallfahrt findet heuer zum 179. Mal statt.

Während der dreitägigen Wallfahrt durch drei bayerische Regierungsbezirke werden sich noch zahlreiche Pilger dem kilometerlangen Zug anschließen. In der Vergangenheit nahmen zeitweise mehr als 9000 Menschen an der Wallfahrt teil. »Die Stimmung ist wunderbar, wir haben optimales Pilgerwetter«, berichtete Pilgerführer Bernhard Meiler über den ersten Tag der Reise. Auf dem Weg beten die Gläubigen gemeinsam mit Hilfe von Dutzenden per Funk miteinander verbundenen Lautsprechern. Für einen reibungslosen Ablauf der Wallfahrt ist jedes Jahr ein großer logistischer Aufwand nötig. Der Menschenzug wird von einem Bürowagen, Gepäcktransportern, WC-Wagen und Sanitätsfahrzeugen begleitet. Die Teilnehmer übernachten auf dem Weg zum Großteil in Privatunterkünften. Die Polizei sperrt für die Gläubigen zeitweise etliche Straßen.

Hubschrauber-Pläne an Russen verkauft

München (dpa/lby) - Wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit muss sich vom 9. Juni an ein Ex-Angestellter des Hubschrauberherstellers Eurocopter vor dem Oberlandesgericht München verantworten. Die Bundesanwaltschaft legt dem 44-jährigen Maschinenbauingenieur zur Last, dem russischen Geheim-

Verfassungsrechtler hegen starke Bedenken

Ist das neue Versammlungsrecht mit Grundgesetz und Verfassung vereinbar?

München (dpa/lby) - Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik. Mehrere Rechtsprofessoren monierten gestern bei einer Landtagsanhörung übermäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Sie meldeten Zweifel an, ob das Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung vereinbar ist. Positive Reaktionen kamen dagegen von der Polizei und dem oberfränkischen Landkreis Wunsiedel, wo häufig Neonazis aufmarschieren. Die Staatsregierung will vor allem Neonazis am Demonstrieren hindern, gleichzeitig aber die Hürden auch für verfassungstreue Bürger stark erhöhen. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne.

Die schärfste Kritik kam vom SPD-Verfassungsexperten Klaus Hahnzog: »Der Gesetzentwurf ist obrigkeitstaatlich«. Nach seiner Ansicht sollen den Veranstaltern so viele Auflagen für eine Kundgebung gemacht werden, dass das Ergebnis eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit wäre, obwohl die bayerische Verfassung ausdrücklich Versammlungen unter freiem Himmel ohne Auflagen erlaubt. Laut Staatsregierung sollen Kundgebun-

gen künftig mindestens 72 Stunden vorher angemeldet werden müssen. Außerdem sollen die Veranstalter den Behörden unter anderem melden, wie viele Teilnehmer sie erwarten, wann die Versammlung beginnt und endet, außerdem die Namen und Adressen der Leiter und der Ordner. Die Polizei soll alle Teilnehmer in Übersichtsaufnahmen filmen und fotografieren dürfen. Bei Verstoß gegen die Vorschriften drohen Strafen. »Der Staat muss die Versammlungsfreiheit gewährleisten und darf nicht abschreckend wirken«, sagte der Passauer Verfassungsrechtler Dirk Heckmann. »Ich habe Zweifel, ob das Bundesverfassungsgericht das akzeptiert.«

Der Würzburger Verfassungsrechtler Helmut Schulze-Fielitz nannte das Gesetz die stärkste Einschränkung der Versammlungsfreiheit seit den fünfziger Jahren. »Die deutsche Rechts tradition baut darauf, dass der Staat es durch Verbote schon richten wird.« Eigentlich ziele das Grundgesetz darauf, den demokratischen Kräften zu vertrauen. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung bewege sich zurück. »Er ist paternalistisch und ausgesprochen verwaltungsfreundlich.«

Beckstein wegen Landesbank-Krise in der Kritik

Opposition nimmt nach Huber nun den Ministerpräsidenten ins Visier

München (dpa/lby) - In der Landesbank-Krise gerät nach CSU-Chef Erwin Huber nun auch Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) ins Fadenkreuz der Opposition. SPD und Grüne warfen Beckstein vor, die Öffentlichkeit getäuscht und hinteres Licht geblendet zu haben. Nach einem Bericht der »Süddeutschen Zeitung« war der Verwaltungsrat der BayernLB - dem Beckstein angehörte - am 29. August 2007 über drohende Verluste in Höhe von über 400 Millionen Euro informiert worden, machte dies aber nicht öffentlich.

Weiß-blaue Notizen

Einen Unfall mit neun Fahrzeugen und überwiegend Leichtverletzten hat ein Autofahrer in einem Stau am Ende der Autobahn viertelstündig in der Garmisch-Partenkirchen nach München verursacht. Der 51-Jährige übersah am Mittwochabend, dass sich der Verkehr staut, streifte zunächst ein Taxi und fuhr dann ungebremsst den letzten Wagen der Autoschlange. Nach Polizeiangaben von gestern wurden sieben Autos ineinandergeschoben. Ein 53 Jahre alter Mann wurde schwer verletzt, sieben weitere Fahrzeuginsassen erlitten leichte Blessuren.



Das Innenministerium will in den kommenden Tagen an den Tankstellen die Einhaltung der Verkaufsverbote von Alkohol überprüfen. Es sei eine Fehlvorstellung, dass Alkohol in beliebigen Mengen verkauft werden dürfe. Nach 20 Uhr dürften nur noch kleine Mengen und keine ganzen Bierträger an Reisende abgegeben werden. An Autobahntankstellen ist der Verkauf von beraushenden Getränken nach Angaben des Ministeriums ab Mitternacht ganz verboten. Die Polizei will in den kommenden Tagen Kontakt mit den Pächtern aufnehmen und sie darauf hinweisen. Verstöße würden nicht geduldet.



In deutschen Kliniken droht nach den Befürchtungen von Krankenpflegern bei einer weiteren Stellenabbau in den kommenden Jahren ein Pflegepersonalnotstand. Schon jetzt werden gut ausgebildetes Fachpersonal dringend gesucht, beklagten Pfleger und Krankenschwestern bei einer Protestveranstaltung des Landesverbandes Bayern der Deutschen Berufsverbände für Pflegeberufe in Erlangen. Wegen der wachsenden Überalterung der Gesellschaft würden in den kommenden Jahren doppelt so viele Pflegekräfte im stationären und ambulanten Bereich gebraucht. Derzeit entschieden sich aber wegen der unerträglich Arbeitsbedingungen immer weniger jun-

Frankenpost, 2.5.2008

Geteiltes Echo auf das neue Gesetz

Anhörung | Experten beurteilen die Neufassung des Versammlungsrechts unterschiedlich. Mitarbeiter des Wunsiedler Landratsamtes begrüßt den Entwurf, Rechtsgelehrter sieht Verstoß gegen die bayerische Verfassung.

Von Jürgen Umlauf

München – Die Staatsregierung will mit einer Neufassung des Versammlungsrechts rechtsextrémistische Aufzüge wie zum „Heß-Gedenktag“ in Wunsiedel oder in Gräfenberg verhindern. Bei einer Expertenanhörung stieß der Gesetzentwurf auf ein geteiltes Echo. Während Vertreter von Polizei und Behörden grüßten, warnten Rechtswissenschaftler vor einer massiven Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Mit ihrem Gesetz will die Staatsregierung nach eigenem Bekunden nicht nur die Verbote rechtsextrémistischer Aufzüge erleichtern, sondern auch die Gefahr von gewalttätigen Ausschreitungen minimieren.

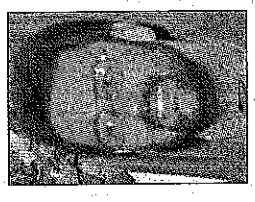
Der Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung am Landratsamt Wunsiedel, Michael Unglaub (Foto), bezeichnete die Neueregulungen im Gesetzentwurf größtenteils als begrüßenswert. Dies gelte zum Beispiel für die Verlängerung der Anmeldefrist von 48 auf mindestens 72 Stunden vor der Kundgebung und das Verbot von „Vorratsmeldungen“ für mehrere Termine über Jahre hinweg. Bedenken äußerte Unglaub gegen die neue Möglichkeit, im Fall „unzumutbarer Einschränkungen der Rechte Dritter“ eine Demonstration verboten zu können. Dies könne bei Bürgern die vielfach nicht haltbare Erwartung wecken, dass Kundgebungen in ihrem Wohnumfeld verhindert werden könnten. Der Münch-

lungen leichter verhindern“, warnte er. Zudem führe das Gesetz „Schwammbegriffe“ ein, die die Rechtsunsicherheit eher erhöhten. Der Gesetzentwurf zeichne sich durch eine „versammlungsfeindliche Tendenz“ aus, die Gefahr polizeilicher Willkür im Umfeld von Demonstrationen verschärfe sich. Der Würzburger Rechtsgelehrte Helmut Schulze-Fielitz sah den Gesetzentwurf „in der deutschen Tradition, dass es der Staat schon richten werde“. Die Vorlage sei sehr verwaltungsfreundlich und setze zu wenig auf die Vernunft der demokratischen Kräfte. Zudem widerspreche das Gesetz dem Artikel 113 der Bayerischen Verfassung, wonach sich alle Bewohner Bayerns ohne Anmeldung und besondere Er-

ebote zum rgiesparen

Wie funktioniert ein zkräftwerk? Wie kann igte sparen? Mit über instaltung startet am die erste Bayerische Klie. Organisiert wird die on der Bayerischen Klie, zu der sich Staatsreund Kirchen zusammenhlossen haben. Zu den Angeboten der Klie zählt eine Open-Air-ikung am 2. Juni von 9 Uhr auf dem Lorenzer Nürnberg. Beim Akti-„Klimaschutz aufuck“ am 4. Juni werüber 100 Baumärkten is alte gegen neue Steen ausgetauscht. Damit Stromverbrauch von 7-Geräten reduziert

filmwoche-bayern.de



versamm-
sich aber wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen immer weniger junge Menschen für einen Pflegeberuf
„Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, die ein lebenslanges Verweilen im Beruf ermöglichen und die Pflegekräfte nicht wegen permanenter Überlastung zur Be-

Erlangen – In deutschen Kliniken droht nach den Befürchtungen von Krankenpflegern bei einem weiteren Stellenabbau in den kommenden Jahren ein Pflegekräftemangel. Schon jetzt werde gut ausgebildetes Fachpersonal dringend gesucht, beklagen Pfleger und Krankenschwestern bei einer Protestver-

Krankenpfleger beklagen Stellenabbau und Überlastung

rufsaufgabe zwingen“, betonte die Verbands-Geschäftsführerin Marliese Biederbeck. So würden Menschen in der Notaufnahme meist nur notdürftig versorgt, weil die Schwestern nicht mehr Zeit hätten. Ein Herzinfarktpatient brauche aber Ruhe und ungeteilte Aufmerksamkeit und nicht eine Schwester, die hek-

tisch herumspinnende Pflegetätigkeiten. Auch die Ausbildung des Berufsnachwuchses komme meist zu kurz. Wegen Personalmangels würden sie in Schichten oft als Vollkräfte eingesetzt und müssten eine Stationshälfte mit 20 Patienten übernehmen, obwohl ihnen dazu das Wissen fehle.

mananter Überlastung zur Be-

schah. Als möglicher Grund wurde in zahlreichen Medienberichten das Privatleben Hemels genannt. Hemel ist zum dritten verheiratet. Kirchenrechtler lebt in der ersten Ehe. Die erste Ehefrau sei die zweite Ehefrau. Hemel heiratete in einem Zeitraum über Joseph äußert. Die KU ist die lische Universität sprachigen Raurzeit 4200 Stud120 Professoren 200 wissenscha bettern unterric

Führer! U-Bahn

Nürnberg – Nach Inbetriebnahme des neuen Sonntags-Pfingstfeiertages Schumpferfahrten vom 1. Juni an. Die U-Bahn verkehrt von 1 Uhr auf der Südbahnlinie 3, U-Bahnlinie 3, kehrs-Aktienge mit. Für die Fahläre Tickets empfehle sich Tages-Tickets, die für zwei Tage gi

Eine Gefahr für die Bürgerrechte

Juristen zu neuem Versammlungsrecht

Von unserer Münchener Korrespondentin
CAROLIN KREIL

MÜNCHEN Der Entwurf für ein neues Versammlungsrecht, der im Innenministerium eronnen wurde, stößt nicht nur bei einem breiten Aktionsbündnis aus Gewerkschaften, Bürgergruppen, Sozialverbänden sowie SPD und Grünen auf Widerstand. Auch Verfassungsjuristen hatten am Donnerstag bei einer Anhörung im Landtag gravierende Einwände.

Im Innenministerium herrschte im Vorfeld Unverständnis über die Kritik. Die „Augsburger Allgemeine“ zitierte: „Was wir tun, entspricht der Praxis. Wir regeln es nur im Gesetz.“ Eben das, moniert der Würzburger Professor für Öffentliches Recht, Helmuth Schulze-Fielitz, sei problematisch. „Nicht jede Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts taugt gleich zur Rechtsnorm. In diesem Entwurf stecken so viele offene Fragen, es ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Verwaltung und Justiz“, meinte er unter dem – im Ausschuss unüblichen – Beifall der zahlreichen Zuhörer.

Entwurf stößt auf Ablehnung

So zeigte sich, dass das Innenministerium beim Versuch, eine rechtliche Handhabe gegen Neonazi-Aufmärsche zu schaffen, sich den Unmut genau derer zugezogen hat, die mit dem Problem konfrontiert sind: Das Gräfenberger Bürgerforum etwa, das seit fast zwei Jahren im Monatsrhythmus gegen Aufmärsche kämpft, lehnt den Entwurf rundweg als Einschränkung seiner Möglichkeiten ab. Die hehre Absicht der Staatsregierung, Rechten entgegenzutreten, laufe auf die Einschränkung der Demonstrationsrechte aller Bürger hinaus. Das sei gefährlich, so das Forum in einer Stellungnahme.

Stattdessen solle sich die Politik um ein NPD-Verbot bemühen.

Der Entwurf berge beim überbürokratisierten Anmeldeverfahren mit Datenerhebungen der Veranstalter, beim Militanzverbot (einschüchternde Uniformen oder Kleidung darf nicht getragen werden) und bei Videoaufzeichnungsmöglichkeiten gravierende verfassungsrechtliche Probleme, so die Rechtsexperten. Der Freistaat Sachsen etwa lasse das Bundesversammlungsrecht stehen und ergänze es um einen Passus über die Opfer des Nationalsozialismus, um Nazi-Aufmärschen Herr zu werden. „Das reicht völlig“, sagte Klaus Hahnzog, Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes. Die Fülle bürokratischer Auflagen für Kundgebungen sei abschreckend und schädlich. „All das ist durchweg versammlungsfeindlich“, meint Rechtsanwalt Helmuth Wächter.

Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sieht keine Einschränkungen des Versammlungsrechts. „Wer etwas anderes aus dem Gesetz herausliest, liegt falsch“, sagte er in einer Reaktion auf die Anhörung. Die Zuhörer im Landtag jedenfalls stellen sich darauf ein, dass sie noch einige Aktionen gegen das Gesetz planen müssen, um es zu verhindern.

Im Blickpunkt

„Bürgerforum Gräfenberg ist bunt“
In der 4000-Seelen-Gemeinde Gräfenberg (Lkr. Forchheim) hat sich ein breiter Bürgerprotest gegen Neonazis gebildet, seit die NPD seit Dezember 2006 im Monatsrhythmus zum Kriegerdenkmal marschiert. Die Bürger setzen auf kreative und spontane Aktionen. Das Bürgerforum findet bundesweit Anerkennung im Kampf für Frieden und Völkerverständigung.

Standpunkt Übers Ziel hinausgeschossen

Von **CAROLIN KREIL**
carolin.kreil@mainpost.de

Es war ein Ver-riss, den die Verfassungsjuristen dem bayerischen Gesetzentwurf zum Versammlungsrecht verpassten. Geplante Datensammlungen gingen viel zu weit, statt Rechtsklarheit würden „Schwamm-begriffe“ und Auslegungsspielräume geschaffen, so die Experten. Leute, die Demonstrationen anmelden, müssten so viele Daten hinterlegen, dass politische Persönlichkeitsprofile entstehen könnten. Das hat das Bundesverfassungsgericht nie beabsichtigt. Auch so könne man Bürger abschrecken, ihre Stimme zu erheben, sagte der Würzburger Verfassungsrechtler Helmuth Schulze-Fielitz. Von „voraussetzendem Gehorsam“ bei Versammlungsverboten auf unteren Verwaltungsebenen war im Ausschuss die Rede.

Selbst wenn der Entwurf mit guten Absichten entstanden ist, um rechten Aufmärschen Einhalt zu gebieten, ist das Innenministerium weit übers Ziel hinausgeschossen. Ob es genügt, sich wie Münchens Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer auf den „gewohnt liberalen Vollzug“ zu verlassen, darf bezweifelt werden. Gerade in der Gemeinde Gräfenberg hat man schlechte Erfahrungen: Dort wurde dem seit Monaten gegen rechte Aufmärsche kämpfenden Bürgerforum vor Gericht nachteilig ausgelegt, dass man sich mit der NPD nicht an einen Tisch setzen wollte. Für Bürger, die sich auf eigene Gefahr für die demokratische Grundordnung einsetzen, ist so etwas höchst frustrierend. Ob die Staatsregierung wirklich die Proteste braver Leute herausfordert, um das problematische Gesetz noch vor der Wahl durchzuboxen? Besser nicht.



am Donnerstag
rt Deutschlands
111 Kilometer
ieren. FOTO DPA

agen“ der Kritik

14 aufgelisteten
Dienstwagen des
elministers den
-Ausstoß. „Nach
intensiver Klima-
itklimakonferen-
en Gesetzesinitia-
ung der Klimakil-
gkeit vieler Politi-
res Dienstwagens
te DUH-Bundes-
gen Resch. In vie-
lie Motorisierung
elastung an die
ran, die auf deut-
elassen sind, kriti-

Irish Pixie, Karmelitenstraße 22,
☎ (09 31) 30 42 95 72

Fr., 21 Uhr, Live Music: Kodak Harri-
son, Beatnik Blues from Atlanta.

Jugendkulturhaus Cairo, Burkardter
Straße 44, ☎ (09 31) 41 69 33
Fr., 21 Uhr, Sicksteetz, Record Release
Party, 4 Euro.

Omnibus, Theaterstraße 10,
☎ (09 31) 5 61 21
Fr., 21 Uhr, Rosedale, Blues und Rock

Deutschland, 16 MILLIONEN €
wünsch Dir was!

efonat aus Quebec: „Die rwürfe sind falsch. Das ist offensichtlich. Wahlmpfmanöver der SPD.“ ckstein war bei der Sitzung 29. August nicht dabei. ehre hunderte Beschäftigte der Risikoabteilung der Bay-

LB hatten die Risiken be- rter. Da ist auch ein Verwal- igratsvorsitzender nicht ger“, sagte der Ministerprä- ent. Sparkassenpräsident gfried Naser warnte nach em „SZ“-Bericht im vergan- en Herbst vor den Risiken. s gehe aus einem Brief Nä- s an Beckstein hervor. Die adesbank müsse im älimunsten Fall „bis zu 15 illarden Euro Risikopositio- 1 auf die eigenen Bücher imen“, habe Naser auch Fi- zminister und CSU-Chef vin Huber mitgeteilt. Naser et den Verwaltungsrat der rernLB. der ehemalige Finanzminis-

die Bank keine größeren Pro- bleme zu erwarten hat, wenn die Positionen bis zur Endfäll- gkeit gehalten werden und sich der Markt nicht grundle- gend weiter verschlechtert“, heißt es in dem Papier optimis-

SPD und Grüne gaben sich mit Falldhausers Erklärung nicht zufrieden. Bisher hatte die Opposition stets kritisiert, von der Staatsregierung über- haupt nicht informiert worden zu sein. „Die Landesbank-Krise wird zur Affäre Beckstein“, sag- te SPD-Landtagsfraktionschef Franz Maget. Beckstein sei über die Schiefelage voll infor- miert gewesen, habe dies aber über Monate verschwiegen. Der Untersuchungsausschuss sei schon vor der ersten Zeu- genvernehmung ein Erfolg. „Bereits jetzt kommen Dinge ans Tageslicht, die von der Staatsregierung vehement be- stritten worden sind.“

Unzufrieden mit Huber

München (dpa) Viele Bayern gab. Unzufrieden mit Beck- stein sind demnach 47 Pro- zent der Bayern, mit Huber sogar 62 Prozent. Außerdem hält eine große Mehrheit von 88 Prozent der Bundesbürger das CSU-Steuerkonzept mit Endanstößen von 28 Milliar- den Euro für Wahlpropaganda. Die Meinungsforscher befrag- ten am 5. und 6. Mai 1001 Bürger.

Perspektive für 850 junge Münchner

München (dpa) Zum 850. Jahrestag der bayerischen Ideshauptstadt starten Un- nehmen die Ausbildungssini- tive „850 Talente für Mün- chen“. Die Münchner Firmen lten die jungen Menschen ätzlich als Auszubildende stellen, teilte der Referent Arbeit und Wirtschaft der

geplant, die in dem 214 Seiten- starken Buch verzeichnet sind. 280 davon sind Bürgerprojekte. „Dieser Geburtstag ist von der Gesellschaft der Stadt ent- scheidend mitgetragen“, sagte Wiczorek. Für den Stadtge- burtsfest stehe insgesamt ein Budget von etwa 6,4 Millionen Euro zur Verfügung, davon drei



Pilger marschieren gestern am Kreuz auf dem Islinger Feld in Regensburg vorbei. Die Gläubigen wollen bis Samstag in den 111 Kilometer entfernten oberbayerischen Wallfahrtsort Altötting gehen. Foto: dpa

„Obrigkeitsstaatlicher Entwurf“

Verfassungsrechtler kritisieren neues Versammlungsrecht

München (dpa) Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik. Mehrere Rechtsprofessoren monierten gestern bei einer Landtagsan- hörung in München über- mäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Sie meldeten Zweifel an, ob das geplante Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung ver- einbar ist. Positive Reaktionen kamen dagegen von der Polizei und dem oberfränkischen Landkreis Wunsiedel, wo häu- fig Neonazis aufmarschieren. Die Staatsregierung will vor al- lem Neonazis am Demonstrie- ren hindern. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne. Die schärfste Kritik kam vom SPD-Verfassungsexperten Klaus Hahnzog. „Der Gesetz- entwurf ist obrigkeitsstaatlich“,

sagte er. Nach seiner Ansicht sollen den Veranstaltern so vie- le Auflagen für eine Kundge- bung gemacht werden, dass das Ergebnis eine Einschrän- kung der Versammlungsfreiheit wäre, obwohl die bayerische Verfassung ausdrücklich Ver- sammlungen unter freiem Himmel ohne Auflagen erlaubt. Laut Staatsregierung sollen Kundgebungen künftig min- destens 72 Stunden vorher an- gemeldet werden müssen. Au- ßerdem sollen die Veranstalter le Teilnehmer sie erwarten, wann die Versammlung be- ginnt und endet, außerdem die Namen und Adressen der Lei- ter und der Ordner. Bei Verstoß gegen die Vorschriften drohen Strafen. „Der Staat muss die Versammlungsfreiheit gewähr- leisten und darf nicht abschre- ckend wirken“, sagte der Pas- sauer Verfassungsrechtler Dirk

Heckmann. Der Würzburger Verfassungsrechtler Helmuth Schulze-Fielitz nannte das Ge- setz die stärkste Einschränkung der Versammlungsfreiheit seit den fünfziger Jahren. „Die deutsche Rechts tradition baut darauf, dass der Staat es durch Verbote schon richten wird.“ Eigentlich ziele das Grundge- setz darauf, den demokrati- schen Kräften zu vertrauen. Der Entwurf der Staats- regierung bewege sich zurück.

Der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmiobauer hingegen lobte die CSU-Pläne. SPD und Grüne forderten an- schließend die Rücknahme des Gesetzesentwurfs und wärfen der Staatsregierung Beschneidung der Grundrechte vor. Innen- minister Joachim Herrmann (CSU) betonte, die Demonstra- tionsfreiheit werden „hundert- prozentig“ gewährleistet und nicht eingeschränkt.

logistischer Aufwand nötig. Der Menschenzug wird von einem Bürowagen, Gepäcktransportern, WC-Wagen und Sanitätsfahrzeugen begleitet. Die Teil- nehmer übermachten auf dem Weg zum Großteil in Privat- unterkünften. Die Polizei sperrt für die Gläubigen zeitweise et- liche Straßen.

Claudia Jung tritt für FW an

Pfaffenhofen (tg) Jetzt ist es offiziell: Claudia Jung (44) soll bei den Landtagswahlen im September gegen Erika Gör- litz (CSU) antreten. Der Vor- stand der Kreiswahl- gruppe der Freien Wähler Pfaffenhofen-Schro- benhausen will den Delegier- ten der Aufstel- lungsver-



sammlung am 19. Mai emp- fehlen, die in Geroltsbach (Landkreis Pfaffenhofen) le- bende Schlayersängerin als Direktkandidatin zu nominie- ren. Sollte Claudia Jung no- miniert werden – ein Gegen- kandidat ist derzeit laut Max Hechinger, Chef der Kreis- wahlgruppe der FW Pfaffen- hofen/Schrobenhausen, nicht in Sicht, – will man alles dar- an setzen, dass die Schlayer- sängerin und frischgebackene Kreis- und Gemeinderätin auf der oberbayerischen Liste der Freien Wähler einen gu- ten Platz erhält.

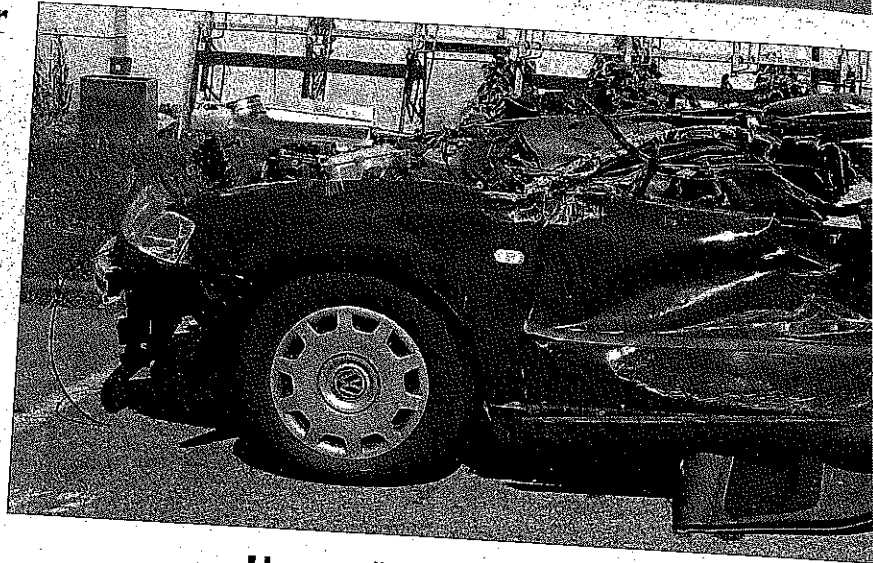
GEWINNQUOTEN

6 Richtige + 52 unbesetzt	5 664 466,10
6 Richtige	341 754,40
5 Richtige + 22 11 x	58 253,50
5 Richtige	5 339,90
4 Richtige + 22 1124 x	228,00
4 Richtige	22 698 x

Tankstellen: Ab 20 Uhr keine Bierträger mehr

MÜNCHEN: Das Innenministerium will in den kommenden Tagen an den Tankstellen die Einhaltung der Verkaufsverbote von Alkohol überprüfen. Es sei eine Fehlvorstellung, dass Alkohol dort in beliebigen Mengen verkauft werden dürfe, teilte das Ministerium mit. Nach 20 Uhr dürften nur noch kleine Mengen und keine ganzen Bierträger an Reisende abgegeben werden. An Autobahntankstellen ist der Verkauf von berauschenden Getränken nach Angaben des Ministeriums ab Mitternacht ganz verboten. Die Polizei will in den kommenden Tagen Kontakt mit den Pächtern aufnehmen und sie darauf hinweisen. Verstöße würden nicht geduldet.

Alkohol sei eine der Hauptursachen für schwerste Verkehrsunfälle, so Innenminister Joachim Herrmann. Auch bei vielen Gewalttaten spiele Alkohol eine entscheidende Rolle.



Ungewöhnlicher Verkehrsunfall in B.

Das war einmal ein VW Passat: Unbekannte stahlen den Wagen in Hof und versenkten ihn in Bamberg im Kanal. Ein 110 Meter langes niederländi-

sches Frachtschiff schrammte den Wagen direkt unterhalb der Heinrichsbrücke und verwandelte ihn in ein Wrack. Wie sich nach der Bergung mit

Verstoß gegen Verfassung?

Experten lehnen schärferes Versammlungsrecht ab

MÜNCHEN/WUNSIEDEL

Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik.

Mehrere Rechtsprofessoren monierten bei einer Landtagsanhörung in München übermäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Sie meldeten Zweifel an, ob das geplante Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung vereinbar ist. Positive Reaktionen kamen dagegen von der Polizei und dem Landratsamt Wunsiedel, wo häufig Neonazis aufmarschieren. Die Staatsregierung will vor allem Neonazis am Demonstrieren hindern, gleichzeitig aber die Hürden auch für verfassungstreue Bürger stark erhöhen. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne.

Die schärfste Kritik kam vom SPD-Verfassungsexperten Klaus Hahnzog. „Der Gesetzentwurf ist obrigkeitstaatlich“, sagte er. Nach seiner Ansicht sollen den Veranstaltern so viele Auflagen gemacht werden, dass das Ergebnis eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit wäre, obwohl die bayerische Verfassung Versammlungen im Freien ohne Auflagen erlaubt.

Laut Staatsregierung sollen Kundgebungen künftig mindestens 72 Stunden vorher angemeldet werden müssen. Außerdem sollen die Veranstalter den Behörden unter anderem melden, wie viele Teilnehmer sie erwarten, wann die Versammlung beginnt und endet, außerdem die Namen und Adressen der Leiter und der Ordner. Die Polizei soll alle Teilnehmer in Übersichtsaufnahmen filmen und fotografieren dürfen. Bei Verstoß gegen die Vorschriften drohen Strafen. „Der Staat muss die Versammlungsfreiheit gewährleisten und darf nicht abschreckend wirken“, sagte der Passauer Verfassungsrechtler Dirk Heckmann. „Ich habe Zweifel, ob das Bundesverfassungsgericht das akzeptiert.“ Der Würzburger Verfassungsrechtler Helmuth Schultze-Fielitz nannte das Gesetz die stärkste Einschränkung der Versammlungsfreiheit seit den fünfziger Jahren.

Der Münchner Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer hingegen lobte die CSU-Pläne. Einschränkungen rechtsextramer Kundgebungen seien aus Polizeisicht ein „Ausdruck wehrhafter Demokratie und dringend notwendig“. Auch der Leiter für öffentliche Sicherheit und Ordnung im Landratsamt Wunsiedel begrüßte den Entwurf, da er klare Regelungen enthalte.

Anzeige

Wohin zum Pfi

Unser Tipp, weil es da **allen** Spaß macht: Z Erlebnispark direkt an der Autobahn A3 N jung und alt! Natürlich wieder mit tollen Net Täglich ab 9.00 Uhr geöffnet. Freitags err Infos Tel. 09556-92110 oder www.freizeit

BayernLB-

„Wollten Bank schützen“ –

MÜNCHEN

In der Landesbank-Krise gerät nach CSU-Chef Erwin Huber nun auch Bayerns Ministerpräsident Günther Beckstein ins Fadenkreuz der Opposition.

SPD und Grüne warfen Beckstein vor, die Öffentlichkeit getäuscht und hinter Licht geführt zu haben. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ war der Verwaltungsrat der BayernLB – dem Beckstein angehörte – am 29. August 2007 über drohende Verluste von mehr als 400 Millionen Euro informiert worden, machte dies aber nicht öffentlich. Beckstein, Huber und Ex-Finanzminister Faldthauer wiesen die Vorwürfe zurück.

Beckstein sagte: „Die Vorwürfe sind falsch. Das ist ein offensichtliches Wahlkampfmanöver der SPD.“ Beckstein war bei der Sitzung am 29. August nicht dabei. Der ehemalige

Ver
ton
am
der
D
Bay
ruts
200
auf
insg
liard
dersi
beru
matik
„völl
Bank
rien“
rien)
Es hal
gehan
Die
schrift
schließ
nicht
zen“

4500 auf Wallfahrt

Nordbayerische Kurier, 9.5.2008



die Kirche lieber jemanden an Spitze der einzigen katholischen Universität im deutschsprachigen Raum sehen würde, der mehr Wert auf „Katholisch“ als auf „Universitäts“ legt.

Anklage erhoben

HIV-Infizierter verging sich an 13-Jähriger

WÜRZBURG – Ein HIV-infizierter Mann soll ein 13-jähriges Mädchen aus dem Raum Würzburg vergewaltigt haben.

Die Jugendliche hat sich nach Aussagen der Staatsanwaltschaft Würzburg aber nicht mit dem Erreger der Immunschwächekrankheit Aids angesteckt. Der 40-Jährige, der derzeit bereits eine fünfjährige Haftstrafe wegen versuchter und gefährlicher Körperverletzung in neun Fällen verbüßt, muss sich deshalb demnächst vor dem Landgericht Würzburg verantworten.

Der Afrikaner ist wegen Vergewaltigung und schweren sexuellen Missbrauchs des Kindes im Jahr 2004 angeklagt. Das sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft und bestätigte damit einen Medienbericht.

Zudem muss sich der Mann wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung an zwei Frauen verantworten, weil er mit diesen ungeschützten Sex hatte, den beiden aber nichts von seiner Infektion gesagt haben soll. Die Frauen infizierten sich jedoch nicht. *dpa*

rief eine Journalistin Schieren zu. Die Uni hat am Mittwoch noch mitgeteilt, es sei keine Entscheidung gefallen. „Dabei war doch alles schon klar“, wunderte sich selbst Hemel.

In wenigen Worten

Kreis: Pension für Pauli erst mit 62

FÜRTH – Die frühere Fürther Landrätin Gabriele Pauli erhält erst mit 62 Jahren ihre Pension. Diese Entscheidung des Kreistags bestätigte eine Landkreissprecherin. Der Kreistag hatte die Entscheidung in geheimer Sitzung gefällt, sie aber wegen der Verschwiegenheitspflicht der Kreisräte in Personalangelegenheiten zunächst nicht bekanntgemacht.

Polizei überführte Jugendbande

FÜRTH – Eine Verkehrskontrolle in Fürth hat die Polizei auf die Spur einer Bande jugendlicher Kleinkrimineller geführt. Dabei stellten die Beamten fest, dass der 15-jährige Fahrer auf einem gestohlenen Kraftrad saß. Er gehört zu einer Gruppe von sechs Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, die ein Dutzend Kleinkrafträder entwendet haben.

Alkoholkontrollen an Tankstellen

MÜNCHEN – Das Innenministerium will in den kommenden Tagen an Tankstellen die Einhaltung der Verkaufsverbote von Alkohol kontrollieren. Es sei eine Fehlvorstellung, dass Alkohol dort in beliebigen Mengen verkauft werden dürfe, heißt es laut Meldung. Nach 20 Uhr dürften nur kleine Mengen an Reisende abgegeben werden. An Autobahntankstellen ist der Verkauf von berausenden Getränken ab Mitternacht verboten.

Das fest so zum wie schuld sein, wenn nicht mehr beginnt, stellen sich 17 Festwirte und 100 Betreiber von Buden und Fahrgeschäften auf einen großen Besucheransturm ein.

Von wegen barrierefrei

Hürdenlauf auf dem Bahnhof

MÜNCHEN – Auf Bayerns Bahnhöfen droht Reisenden noch auf Jahrzehnte ein mühsamer Hürdenlauf.

Wegen fehlenden Geldes ist ein barrierefreier Ausbau mit Aufzügen und Rampen auf Hunderten von Stationen im Freistaat nicht in Sicht, wie aus einem im Wirtschaftsausschuss des Landtags vorgelegten Bericht der Staatsregierung hervorgeht. Von gut 1000 Bahnhöfen in Bayern sind derzeit rund 800 nicht barrierefrei. Um alle Stationen umzubauen, wäre eine Milliarde Euro notwendig. Die Bahn selbst hat aber laut Bericht dafür kein Geld.

„Wir haben einen sehr großen Nachholbedarf“, sagte Hans-Peter Berendsen, der Bahn-Fachmann des Wirtschaftsministeriums. Das betrifft vor allem den Einbau von Aufzügen und Rampen in den Bahnhöfen sowie die Standardisierung der Bahnsteighöhe. Bisher haben Behinderte, ältere Menschen, Reisende mit schwerem Gepäck und Mütter oder Väter mit Kinderwagen große Probleme auf den Treppen der Bahnsteigunterführungen sowie beim Ein- und Aussteigen.

Weitgehend barrierefrei sind laut Staatsregierung in Bayern derzeit eigentlich nur die Stationen und Bahnhöfe der S-Bahn-Netze Münchens und Nürnbergs. *dpa*

ohne Bedienung kostet der Lifter im Steinkrug 6,20 Euro.

Die alte Tradition der Bergkirchweih zu Pfingsten reicht bis in die

Rechtsexperten: *Neubauer Jesse 7.5.2007*

Kritik an neuem Versammlungsrecht

MÜNCHEN – Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik.

Mehrere Rechtsprofessoren monierten bei einer Landtagsanhörung übermäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Sie meldeten Zweifel an, ob das geplante Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung vereinbar ist. Positive Reaktionen kamen dagegen von der Polizei und dem oberbayerischen Landkreis Wunsiedel, wo häufig Neonazis aufmarschieren.

Die Staatsregierung will vor allem Neonazis am Demonstrieren hindern, gleichzeitig aber die Hürden auch für verfassungstreue Bürger stark erhöhen. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne.

Innenminister Joachim Herrmann hingegen betonte, die Demonstrationsfreiheit werde „hundertprozentig gewährleistet“ und nicht eingeschränkt. *dpa*

NZ Region und Bayern

Telefon: (09 11) 23 51 20 27
Fax: (09 11) 23 51 20 00
E-Mail: nz-bayern@pressnetz.de

billigten Fahr- und Eintrittspreisen ist am Donnerstag, 15. Mai. Weitere Infos auch im Internet unter www.derberg-ruft.de

Baby vernachlässigt

Eltern in Revision doch schuldfähig

MEMMINGEN – Im Revisionsverfahren um ein vernachlässigtes Baby sind die angeklagten Eltern durch ein psychiatrisches Gutachten vor dem Landgericht Memmingen als schuldfähig eingestuft worden.

Innen wird Körperverletzung und grobe Verletzung der Sorgfaltspflicht vorgeworfen. Das abgemagerte, völlig apathische Kind war im März 2007 in einer total verdeckten Wohnung in Illertissen gefunden worden. Die Angeklagten räumten vor Gericht die Verwahrlosung der Wohnung ein, wiesen die Vernachlässigung des Kindes aber zurück. Im ersten Verfahren war die Mutter zu 9 Monaten, der Vater zu 21 Monaten Haft verurteilt worden.

Der heute 23 Jahre alte Vater des Kleinkindes, das inzwischen bei der Großmutter lebt, sagte, er sei unmittelbar nach der Geburt seines Kindes im Januar 2007 mit der Vaterrolle überfordert gewesen. Dadurch hätten sich für ihn Schwierigkeiten ergeben, die zur Vernachlässigung der gemeinsamen Wohnung geführt hätten. Die 22 Jahre alte Mutter erklärte, sie habe ihr Baby nicht vernachlässigt und das Kind regelmäßig gefüttert. Sie räumte aber ebenfalls ein, dass zum Zeitpunkt der Wegnahme des Kindes die Wohnung stark verdeckt, verraucht und unbelüftet gewesen sei. *dpa*

toyota.de

Tauschrausch.

Die Nichts-ist-unmöglich-Wochen: Tauschen Sie jetzt Ihr altes Auto gegen einen neuen Toyota Corolla Verso und profitieren Sie von bis zu 3.500,- € über DAT-Bewertung für Ihren Gebrauchten.* Nur bis 15.06.2008.

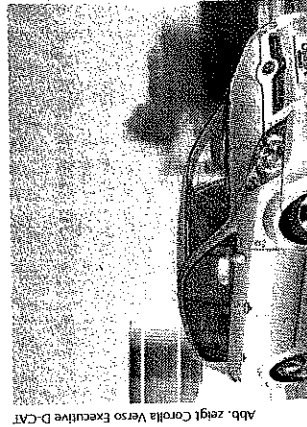


Abb. zeigt Corolla Verso Executive D-CAT

müssen. Dies habe es nicht gegeben. Stattdessen habe er von der feststehenden Entscheidung aus dem Radio erfahren müssen - dies empfände er seinerseits als Vertrauensbruch.

Die KU Eichstätt ist die einzige katholische Uni im deutschsprachigen Raum. Sie zählt derzeit rund 4200 Studenten.

kna/cm/iby

ranen nur das Präsidentenamt eröffnet. Der Bischof will sich dazu kurzfristig mit den Gremien der Hochschule abstimmen. Für die Zukunft der Uni sei diese Personalentscheidung so richtungweisend, dass sie „zügig, aber nicht unter Zeitdruck“ gefällt werden müsse. Als nachteilig habe sich erwiesen, dass Bewerbungs- und Wahlverfahren nur das Präsidentenamt eröffnet. Der Bischof will sich dazu kurzfristig mit den Gremien der Hochschule abstimmen. Für die Zukunft der Uni sei diese Personalentscheidung so richtungweisend, dass sie „zügig, aber nicht unter Zeitdruck“ gefällt werden müsse. Als nachteilig habe sich erwiesen, dass Bewerbungs- und Wahlverfahren

blehung „weder mit einem nicht erteilen ‚nihil obstat‘ (es steht nichts entgegen) aus Rom zusammen, noch hat sie mit der Lebensführung von Professor Hemel zu tun“. Es habe sich vielmehr das notwendige wechselseitige Vertrauen nicht entwickeln können. Dennemarck warf Hemel in diesem Zusammen-

erfahrens. Vom Eichstätt-Bischof Gregor Maria räumte er ein, dass einseitiges Vertrauen indig wäre, um solche ehrangige Position zu len. Dies hatte der Bischof zwei persönlichen lagen mit Hemel als lagebenden Grund

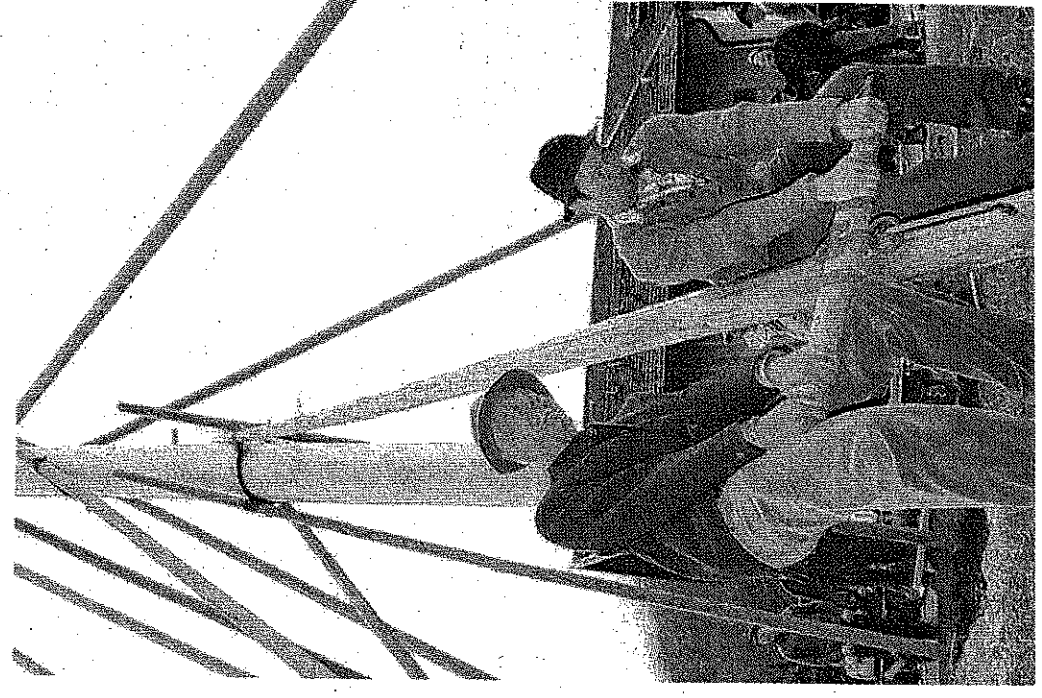
iardär und sein Maibaum

ner Trachtlern fast zwei Tage lang beim Fällen, Herrichten und Aufstellen



Finck bei einer Pause inmitten von Trachtlern.

von erstmals persönlich vorbei. „Das war eine besondere Ehre“, freut sich Rauth. Finck'schen Gutsveram Barmsee, der ihm hört. Zu seinem Beil außerdem das Sozial und die Fereinahn, wie das Waldgebiet oberhalb des Barmes der diesjährige Maieschlagen worden ist



werfen, wenn hinter den Kulissen derartige Ränkespiele stattfinden? Fast 30 Jahre nach ihrer Gründung ist es der Uni Eichstätt nicht gelungen, ein überzeugendes Profil zu entwickeln. Dieses Wahltheater hat ihren Ruf zusätzlich beschädigt.

AKTUELLES IN KÜRZE

MÜNCHEN

Kritik an Gesetz

Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik. Mehrere Rechtsprofessoren monierten gestern im Landtag übermäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Positive Reaktionen kamen indes von der Polizei und dem oberfränkischen Kreis Wunsiedel, wo häufig Neonazis aufmarschieren.

Das kleine Rätsel:

- Welche Ausbildung hat Christian Stückl nach seinem Abitur gemacht?
- I. Drehbuchautor
- II. Schreiner
- III. Holzbildhauer

Hürdenlauf bei Bahn

Auf Bayerns Bahnhöfen droht Reisenden noch auf Jahrzehnte ein mühsamer Hürdenlauf. Wegen Geldmangels ist ein barrierefreier Ausbau mit Aufzügen

München
Mokko
S. 1. 2. 1

Do News Tag, 9.8.2008

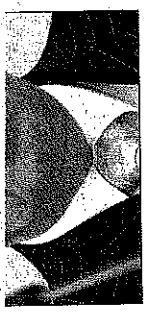
28 Milliarden Euro für Wahlpropaganda.

Kritik an neuem Versammlungsrecht

München. (dpa) Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf deutliche Kritik. Mehrere Rechtsprofessoren montierten am Donnerstag bei einer Landtagsanhörung in München übermäßige Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Sie meldeten Zweifel an, ob das geplante Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz und der bayerischen Verfassung vereinbar ist. Positive Reaktionen kamen dagegen von der Polizei und dem oberfränkischen Landkreis Wunsiedel, wo häufig Neonazis aufmarschieren. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne.

Stellenabbau in Kliniken droht

Erlangen. (dpa) In deutschen Kliniken droht nach den Befürchtungen von Krankenpflegern bei einem weiteren Stellenabbau in den kommenden Jahren ein Pflegenotstand. Schon jetzt werde gut ausgebildetes Fachpersonal dringend gesucht, beklagten Pfleger und Krankenschwestern am Donnerstag bei einer Protestveranstaltung des Landesverbandes des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe in Erlangen.



Mehrere hundert Beschäftigte in der Risikoabteilung der BayernLB hatten die Risiken bewertet. Da ist auch ein Verwaltungsratsvorsitzender nicht klüger.

Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU)

schen lassen. Im ersten Quartal 2008 belief sich der Vorsteuerverlust auf 770 Millionen Euro, die Risiken insgesamt liegen bei über vier Milliarden. Falthäuser hatte die Sondersitzung am 29. August 2007 einberufen, weil er bis dahin die Information durch den Bankvorstand als „völlig unzureichend“ empfand, wie er der dpa sagte. Die Bank habe dabei „worst case Szenarien“ (schlimmstmögliche Szenarien) präsentiert, sagte Falthäuser. Es habe sich um unge-sicherte Zahlen gehandelt.

„Wollten Bank schützen“

Die von der Bank präsentierten schriftlichen Unterlagen wurden anschließend eingesammelt und vernichtet. „Wir wollten die Bank schützen“, sagte dazu Falthäuser. Das Einsammeln der Papiere sei übliches Vorgehen bei vertraulichen Sitzungen, deren Vernichtung habe aber nicht der Verwaltungsrat veranlasst.

Nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung“ war der Verwaltungsrat der BayernLB – dem Beckstein angehörte – am 29. August 2007 über drohende Verluste in Höhe von über 400 Millionen Euro informiert worden, machte dies aber nicht öffentlich. Beckstein, Huber und der ehemalige Finanzminister Kurt Falthäuser wiesen die Vorwürfe scharf zurück. Heute will der Landesbank-Untersuchungsausschuss im Landtag die ersten Zeugen vernehmen.

„Vorwürfe sind falsch“

Beckstein sagte bei einem Telefonat aus Quebec: „Die Vorwürfe sind falsch. Das ist ein offensichtliches Wahlkampfmanöver der SPD.“ Beckstein war bei der Sitzung am 29. August nicht dabei. „Mehrere hundert Beschäftigte in der Risikoabteilung der BayernLB hatten die Risiken bewertet. Da ist auch ein Verwaltungsratsvorsitzender nicht klüger“, sagte der Ministerpräsident.

Sparkassenpräsident Siegfried Naser warnte nach einem „SZ“-Bericht im vergangenen Herbst vor den Risiken. Das gehe aus einem Brief Nasers an Beckstein hervor. Die Landesbank müsse im schlimmsten Fall „bis zu 15 Milliarden Euro Risikopositionen auf die eigenen Bücher nehmen“, habe Naser auch Finanzminister und CSU-Chef Erwin Huber mitgeteilt. Naser leitet den Verwaltungsrat der BayernLB.

Der ehemalige Finanzminister und Verwaltungsratschef Kurt Falthäuser (CSU) betonte, er habe SPD und Grüne bereits am 9. September über die Lage bei der BayernLB informiert. Die globale Kreditkrise hat die BayernLB tief in die roten Zahlen ruten-



litten in den Stadtrat

Wahl in den Stadtrat übernommen habe“, sagte sie nach der Vereidigung. Otto ist nach eigenen Angaben im Sport- und Hauptausschuss der 25000-Einwohnerstadt vertreten. Als Mutter lägen ihr aber vor allem die Themen „Kinder“ und „Jugend“ am Herzen, sagte sie. „Trotzdem will ich natürlich für alle Zirkdorfer da sein.“ Es sei das erste Mal, dass sie sich politisch engagiere. Bild: dpa

mit 62 Jahren

ig für Ex-Landrätin Gabriele Pauli re Versorgungsbezüge. Im ersten Jahr nach ihrem Ausscheiden soll Paulis Wechsel allerdings mit einem Übergangsgeld in Höhe der Pension finanziell abgedeckt werden.

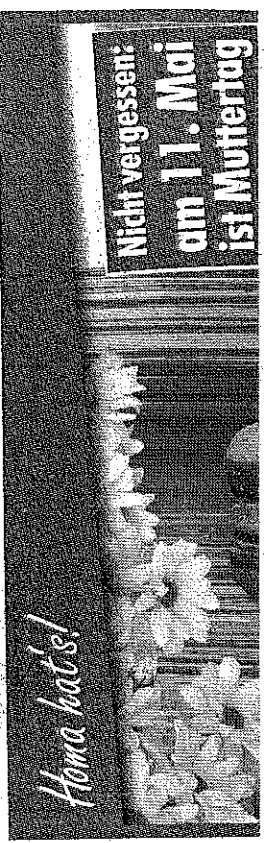
Eine entsprechende Regelung hatte die SPD-Fraktion im Kreistag beantragt. Sie hatten ihren Antrag damit begründet, einen sofortigen Pensionsanspruch habe Pauli dadurch verwirkt, dass sie sich ohne wichtigen Grund nicht mehr zur Wahl gestellt habe. Der neue Fürther Landrat Matthias Dießl (CSU) war in der Kreistagsitzung am Mittwoch vereidigt worden.

Schub für das Ehrenamt

bau von Freiwilligenagenturen – Staatssekretäre am Geoturm



Das Ehrenamt ist ein wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik.



Nicht vergessen: am 11. Mai ist Muttertag

Anzahl Abgeordnete 215.2007

Bayern

ehstatter Bischof serviert den i-Präsidenten ab

chule Der gewählte Ulrich Hemel darf sein Leitungsamt nicht antreten

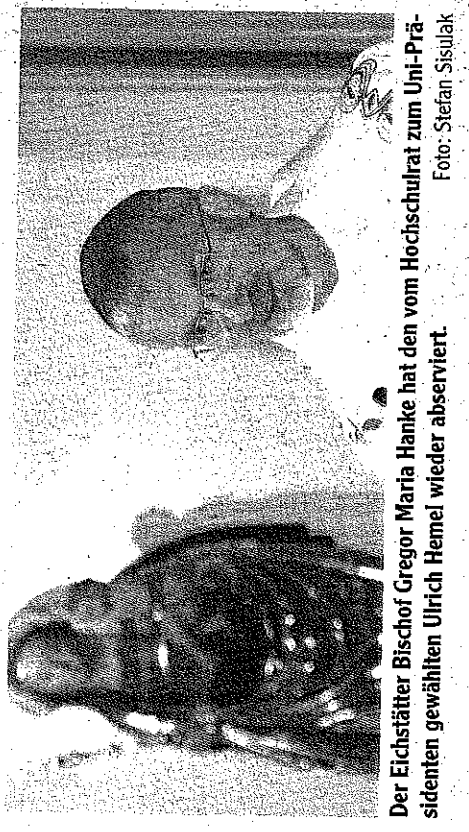
NOLLER S KORNES

hof Gregor Maria Hanke wird den Top-Manager Prof. Ulrich zum Präsidenten der Universität Eichstätt teilt er dem 51-jährigen in einem persönlichen Brief. Nach „gründlicher Prüfung“ habe sich die Abstimmung mit den

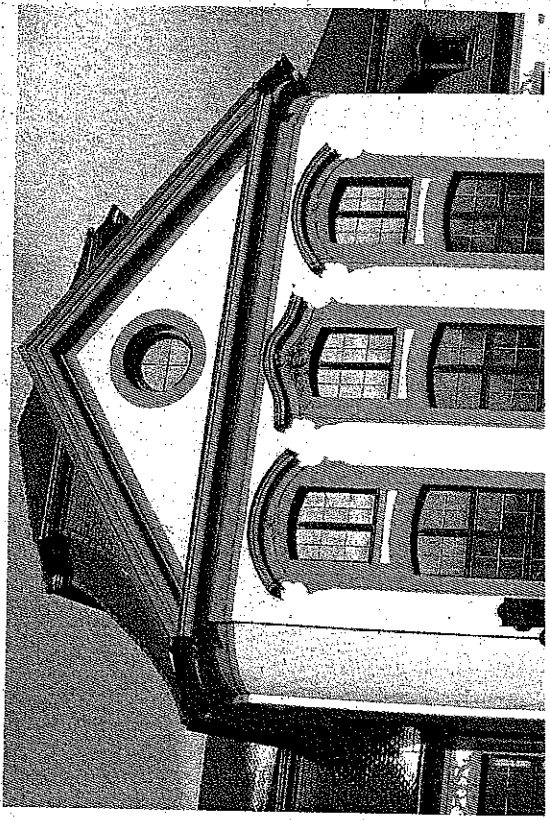
nicht das für die Universität die Vertrauen können.“

kunftsweisende Perspektiven hin gewährleistet“, ließ Bischof Hanke mittags mitteilen.

Der Vorsitzende der Hochschulleitung, Professor Stefan Schieren, wies Gerüchte zurück, dass der Vatikan sein Veto gegen Hemel eingelegt habe. Es waren dafür private Gründe und seine Kritik an Joseph Ratzinger nach dessen Wahl zum Papst kolportiert worden. Der Eichstatter Bischof brauche laut Schieren bei der Bestellung des Uni-Präsidenten die Zustimmung Roms nicht. „Die Ablehnung bezieht sich allein auf die Person Hemel.“ Seitens des Bistums hieß es, Bischof Hanke sei während seiner Entscheidungsfindung in enger Abstimmung



Der Eichstatter Bischof Gregor Maria Hanke hat den vom Hochschulrat zum Uni-Präsidenten gewählten Ulrich Hemel wieder abserviert. Foto: Stefan Sisulek



Bayern kompakt

EXPERTEN IM LANDTAG

Keine Annäherung beim Versammlungsgesetz

Fachleute und Verbände haben gestern bei einer Anhörung im bayerischen Landtag Stellung zum geplanten Versammlungsgesetz bezogen. Staatsrechtler monierten, dass Demonstrationen nach dem Entwurf gefilmt und Aufnahmen gespeichert werden dürften. Münchens Polizeipräsident Wilhelm Schmidbauer kritisierte Opposition und Verbände wegen ihrer ablehnenden Haltung. Eine Annäherung brachte die Anhörung nicht. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) betont, dass das Gesetz das Versammlungsrecht nicht einschränke. Nach Ansicht der SPD ist der Entwurf jedoch „obrigkeitsstaatlich“. Die Grünen halten ihn für „verfassungswidrig“. (monik)

ANKLAGE

HIV-Infizierter soll Mädchen vergewaltigt haben

Ein HIV-infizierter Mann soll eine 13-Jährige aus dem Raum Würz-

T2, 9.8.2008

Experten-Kritik am neuen Demo-Recht

tz München

Die geplante Verschärfung des Versammlungsrechts in Bayern stößt bei Verfassungsexperten auf Kritik. Mehrere Rechtsprofessoren meldeten Zweifel an, ob das geplante Gesetz überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Laut Staatsregierung sollen Kundgebungen künftig mindestens 72 Stunden vorher angemeldet werden müssen. Die Polizei soll alle Teilnehmer in Übersichtsaufnahmen filmen und fotografieren dürfen.

Die Staatsregierung will so vor allem Neonazis am Demonstrieren hindern, wird gleichzeitig aber die Hürden auch für verfassungstreue Bürger stark erhöhen. SPD und Grüne forderten den Stopp der Pläne.

Die geplante Verschärfung des bayerischen Versammlungsrechts stößt auf breite Ablehnung 157 09.05.08

Im Visier der Sicherheitsbehörden

Es ist ein nervenaufreibender Turmus, dem die Bürger des mittelfränkischen Gräfenberg nahezu jeden Monat ausgesetzt sind: Mit lodern den Fackeln paradien Anhänger der Jungen Nationalen (JN) durch die fränkische Kleinstadt; stets ist ein Kriegerdenkmal Ziel ihres martialischen Aufzugs. Bisher konnten die Bürger den Neonazis noch jedes Mal den Zugang verweigern. Nichtsdestotrotz bedeutet das einen wiederkehrenden Ausnahmezustand mit hohem Polizei- und Presseaufgebot. Gegenwärtig gibt es keine rechtliche Grundlage, um die Aufmärsche einzuschränken oder zu verhindern.

Dies will Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) noch vor der Sommerpause mit einem verschärften Versammlungsgesetz – seit der Föderalismusreform ist das Versammlungsrecht Ländersache – erreichen. So soll an Orten, aber auch an Tagen, die nach NS-Lesart als symbolträchtig gelten, jede Kundgebung von Rechts verboten werden.

Wer aber annimmt, dass Herrmann mit seinem Vorhaben auf breite politische und gesellschaftliche Unterstützung trifft, irrt gewaltig: Neben der Opposition und Antifa-Organisationen wettern auch die Gewerkschaften DGB, Verdi und BJV (Bayerischer Journalistenverband) sowie Juristenvereinigungen und Bürgerinitiativen gegen den Entwurf. Ihr Vorwurf: Unter dem Vorwand, rechtsextreme Bestrebungen unterbinden zu wollen, absichtige die Staatsregierung, das Grundrecht auf Versammlung empfindlich zu beschneiden.

Selbst Ladenbesitzer könnten Demonstrationen verhindern

Tatsächlich sind viele Passagen so formuliert, dass sie sich auch auf andere Personenkreise übertragen lassen. Das würde einen tiefen Eingriff in die Bürgerrechte bedeuten. Ohnedies ist Bayern häufig Primus, wenn es darum geht, seine Landesgesetze in den Tick restriktiver zu fassen als andere Bundesländer. Das zeigt sich etwa mit Blick auf Online-Durchsuchung oder automatisierte Kennzeichenerkennung – und eben auch beim geplanten Versammlungsgesetz.



Demonstrieren soll erschwert werden.

FOTO DDP

setz: Während Sachsen und Sachsen-Anhalt Neufassungen beraten, die sich darauf beschränken, extremistische Veranstaltungen zu verbieten, gibt es im bayerischen Pendant mehr als einen neuen Passus, der unterschiedliche Auslegungen zulässt.

Beispielsweise enthält das Regelwerk das „Gebot der Rücksichtnahme“: Demnach müssen Rechte Dritter gewährleistet werden. Damit kann aber nicht nur der Seelenfrieden der Gräfenberger Bürger gemeint sein. Auch Ladeninhaber in der Fußgängerzone könnten auf das Gebot pochen, um sich Demonstrationen während der Öffnungszeiten vom Hals zu halten, befürchten Experten.

Besonders hart würden dann neben den Gewerkschaften Umwelt- und soziale Organisationen getroffen, prophezeit die innenpolitische Sprecherin der bayerischen Grünen Christine Kamm: „Weil die sich keinen Anwalt leisten können, um dagegen anzugehen.“ Interpretationsbedürftig ist auch das „Militanzverbot“,

mit dem bedrohliches Auftreten in Form von Uniformierung zum Verbot einer Veranstaltung führen könnte: Sowohl Kleidung im NS-Stil als auch die Kapuzenträger des berüchtigten Schwarzen Blocks in der linksextremen Szene sind damit gemeint. Selbst Teilnehmer einer Gewerkschaftsdemonstration, die ihre Zugehörigkeit durch das Tragen von gleichen Buttons kennzeichnen, könnten unter die Lex fallen.

Ob solch eindeutiger Zweideutigkeiten spricht der bayerische DGB-Chef Fritz Schösser von „Gummiklauseln“ und fordert die Regierung auf, ihren Entwurf zurückzunehmen. Schösser: „Die uneingeschränkte Versammlungsfreiheit darf nicht zum Objekt behördlicher Kann-Entscheidungen werden.“ Da hilft es wenig, dass Herrmann unermüdlich betont, man habe ausschließlich extreme Gruppierungen im Visier.

Zusätzliches Misstrauen schürt, dass Zusammenkünfte von zwei Personen bereits als Versammlung gel-

ten sollen. Was laut Innenminister als eine Aufwertung des Versammlungsbegriffs gemeint ist, wird vielfach als staatliche Überwachungsabsicht bis in die Privatsphäre gewertet. Ebenso die Verpflichtung, Namen von Versammlungsleitern den Behörden zu übermitteln.

Jüngst meldete auch Bayerns stellvertretender Datenschützer Karlheinz Worfeld Einwände an: Die geplanten Übersichtsaufzeichnungen von Demonstranten und ihre zeitlich unbefristete Speicherung und Nutzung sei unzulässig. Dadurch drohe die Gefahr, dass Bilder auch personenbezogen erhoben oder durch technische Mittel nachträglich individualisiert werden könnten.

Auch ohne die neue Bestimmung wird der Raum für legale Demonstrationen immer enger: Wegen zunehmender Privatisierungen sind Kundgebungen an vielen Orten längst Tabu: etwa an Flughäfen, Bahnhöfen und Einkaufszentren.

> ALEXANDRA KOURNIOTI